Protestberichterstattung an den Grenzen der Demokratie

Christina Gutsmiedl / Johannes Kiess*

*In den vergangenen Jahren ist in Deutschland insbesondere im Zusammenhang mit Straßenprotesten ein Anstieg an körperlichen und verbalen Übergriffen auf Journalist*innen zu beobachten. Diese Angriffe stellen nicht nur eine körperliche und persönliche Gefährdung dar, sie wirken sich zudem (auch in ihrer Antizipation) negativ auf die Meinungs- und Pressefreiheit und damit die Praxis zentraler demokratischer Prinzipien aus. Zugleich verweisen sie auf ein Defizit staatlicher Institutionen, da diese den Schutz der Berichterstattenden gewährleisten müssten. In der kommunikations- und politikwissenschaftlichen Forschung wurden solche Angriffe bisher kaum aufgegriffen. Die wenigen existierenden Veröffentlichungen verstehen sich eher als quantitatives Monitoring und nicht als Untersuchung der (Wahrnehmung der) Angriffe und deren Auswirkungen auf Betroffene sowie die potenzielle Einschränkung der freien Berichterstattung. Auf diese Fragestellung zielend interviewten wir zwölf Journalist*innen, die regelmäßig in Sachsen, einem Hotspot solcher Angriffe, von Demonstrationen berichte(te)n. Wir zeigen auf, dass die von uns auf Basis dieses Materials rekonstruierten Wahrnehmungen der Angriffe gravierende Auswirkungen auf die Berichterstattung sowie die Qualität der demokratischen Öffentlichkeit in Sachsen haben.*

Schlüsselwörter: Pressefreiheit, Angriffe auf Journalist*innen, Demokratie, qualitative Studie, demokratische Öffentlichkeit, Rechtsextremismus

Protest Reporting at the Frontiers of Democracy

In recent years, physical and verbal attacks on journalists in Germany have increased, particularly in the context of street protests. These assaults not only pose direct physical and personal threats but also—through their occurrence and anticipation—negatively affect freedom of expression and freedom of the press, undermining central democratic principles. At the same time, they reveal shortcomings on the part of state institutions, which bear responsibility for ensuring the protection of reporters. To date, such attacks have received little attention in communication and political science research. The few existing studies primarily provide quantitative monitoring rather than investigating how such attacks are perceived, how they affect those targeted, and how they potentially restrict free reporting. Addressing this gap in research, we conducted interviews with twelve journalists who regularly report, or have reported on demonstrations in Saxony, a hotspot for such incidents. Our findings show that the journalists' perceptions of these attacks, as reconstructed from the interviews, have serious implications for news coverage and the quality of democratic public discourse in Saxony.

Key words: freedom of the press, attacks on journalists, democracy, qualitative study, democratic public sphere, right-wing extremism

1. Einleitung

Sachsen wird häufig als Negativbeispiel im Hinblick auf die Sicherheit von Medienvertreter*innen benannt. Im bundesdeutschen Vergleich gibt es hier nicht nur ein besonders ho-

* Christina Gutsmiedl, MA, Universität Leipzig, Else-Frenkel-Brunswik-Institut, Ritterstraße 26, 04109 Leipzig, Deutschland;
Dr. Johannes Kiess, Universität Leipzig, Else-Frenkel-Brunswik-Institut, Ritterstraße 26, 04109 Leipzig, Deutschland, johannes.kiess@uni.leipzig.de, https://orcid.org/0000-0002-3350-7399.

 DOI: 10.5771/1615-634X-2025-4-530

https://doi.org/10.5771/1615-634X-2025-4-530 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - [cc] BY

hes Aufkommen extrem rechter oder verschwörungsideologisch motivierter Proteste (Rippl 2023: 225). Zugleich finden hier auch die meisten Angriffe auf Pressevertreter*innen statt (Reporter ohne Grenzen 2024: 9). Im Wahljahr 2024 sorgten zudem Angriffe auf Politiker*innen für Schlagzeilen (bundesweit: Winkler et al. 2024). Während Beleidigungen und verbale Aggressionen inzwischen alltäglich sind, stellt das Ausmaß an körperlichen Übergriffen auf Journalist*innen, Amts- und Mandatsträger*innen eine neuere Entwicklung dar (Meiborg 2024). 2023 verzeichnete das European Center for Press and Media Freedom (ECPMF) deutschlandweit 69 Angriffe auf Journalist*innen, von denen sich 77 Prozent auf Demonstrationen ereigneten. 30 Prozent und damit die meisten aller Angriffe, die in Deutschland seit 2015 dokumentiert wurden, fanden in Sachsen statt (Peltz et al. 2024: 2). In der jüngeren Vergangenheit stachen Demonstrationen gegen die Schutzmaßnahmen während der Coronapandemie hervor. Besonders gewaltvoll war die Demonstration am 7. November 2020 in Leipzig: Mindestens 43 Journalist*innen wurden nur an diesem Tag auf verschiedene Weise an ihrer Arbeit gehindert (Magoley & Kidd 2020). Mit Demonstrant*innen zu sprechen und über das Geschehen vor Ort zu berichten, gehört aber zum journalistischen Selbstverständnis (Borgers 2020). Aufgrund der gesellschaftlichen Relevanz von Demonstrationen als Kondensationspunkte politischer Auseinandersetzungen (Rippl 2023) stehen die Erfahrungen der Journalist*innen vor Ort sowie deren Konsequenzen im Fokus dieser explorativen Studie, auch wenn Gewalt ebenfalls online stattfindet.

Angriffe sind nicht nur eine Bedrohung für Journalist*innen selbst (Reporter ohne Grenzen 2024). Zugleich sind die Presse- und Meinungsfreiheit im Allgemeinen und damit die demokratische Deliberation in Gefahr. Werden Journalist*innen an ihrer Arbeit gehindert oder angegriffen, kann dies zur Folge haben, dass bestimmte Themen gemieden werden oder sich Medienschaffende selbst zensieren. Der Civicus Monitor attestierte Deutschland 2023 zum ersten Mal ein „narrowed rating" (Civicus Monitor 2023: 6), u. a. im Hinblick darauf, ob staatliche Institutionen dafür sorgen, dass Journalist*innen frei berichterstatten können. Angriffe auf und Bedrohungen gegen Journalist*innen offenbaren also auch grundlegende Probleme der Demokratie – etwa Probleme des Staates, sein Gewaltmonopol durchzusetzen und Pressefreiheit zu garantieren, der Sicherheitsbehörden, die Journalist*innen unzureichend schützen, oder des Justizsystems, das Straftaten nicht oder kaum ahndet (Waisbord 2002; Löfgren Nilsson & Örnebring 2016). Vor diesem Hintergrund untersuchen wir in diesem Beitrag die Frage:

> *Wie wirken sich die Wahrnehmungen von Journalist*innen im Umgang mit Angriffen auf die demokratische Öffentlichkeit in Sachsen aus?*

Dazu zeigen wir entlang der Konzepte Öffentlichkeit, Shrinking/Contested Spaces und temporäre Raumaneignung auf, welche Konsequenzen die Gewalterfahrungen für Journalist*innen selbst, die Berichterstattung sowie die demokratische Qualität der Öffentlichkeit in Sachsen insgesamt haben. Im Folgenden diskutieren wir zunächst diese drei Konzepte. Anschließend erörtern wir die Methode des problemzentrierten Interviews (PZI), mit der wir zwischen Herbst 2023 und Sommer 2024 zwölf Interviews mit Journalist*innen, die über Proteste in Sachsen berichtet haben, führten und auswerteten. Das PZI lag als Methode aufgrund der konkret im Fokus stehenden Frage nach der Wahrnehmung der Erlebnisse der Journalist*innen in Bezug auf Angriffe nahe. Ausgewertet wurden die Daten induktiv und mit Hilfe des Programms MAXQDA.

2. Demokratische Öffentlichkeit unter Druck?

Unsere zentrale Annahme ist, dass „Demokratie unmittelbar von der Qualität der politischen Öffentlichkeit abhängt" (Ritzi 2019: 61), da Demokratie freie Deliberation benötigt.

https://doi.org/10.5771/1615-634X-2025-4-530 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - [cc] BY

Entsprechend begreifen wir die politische Öffentlichkeit als zentralen und konstitutiven Ort der Demokratie (Habermas 2021: 477; Ritzi 2019: 68; Klaus et al. 2025: 28). Dieser Raum wird mittels kommunikativer Prozesse ausgehandelt und medial vermittelt (Jarren & Fischer 2023: 10). Journalist*innen transportieren dabei die Interessen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, Milieus und Einzelpersonen (Jarren 2021: 117) und ermöglichen demokratische Aushandlungen; sie stellen Öffentlichkeit überhaupt erst her (Habermas 2021: 485; Seeliger & Sevignani 2021: 9). Diesem Gedanken folgend wirken sich strukturelle Veränderungen der Arbeitsbedingungen oder auch Angriffe nicht nur auf Journalist*innen und Medien, sondern unmittelbar auf die Qualität der demokratischen Öffentlichkeit aus.

Als strukturelle Veränderung kann die in den vergangenen Jahren gewachsene Medienfeindlichkeit gesehen werden (Papendick & Rees 2021: 129; Schindler et al. 2018: 283). Der Begriff bezeichnet eine undifferenzierte und pauschalisierende Kritik an Medien, die verschwörungsideologische Elemente beinhaltet (Schindler et al. 2018: 283), was sich z. B. in Äußerungen wie „Lügen-" oder „Systempresse" ausdrückt (Papendick & Rees 2021: 129; Schultz 2023: 76). Die Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen hat herausgearbeitet, dass die Abwertung klassischer medialer Berichterstattung zunimmt und in Deutschland „eine sich verfestigende Feindseligkeit in einem Kern von 10 bis 20 Prozent der Bevölkerung, von denen einige auch Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung befürworten" (Schultz 2023: 76), festzustellen sei. Allgemeine populistische Einstellungen haben auf die Prävalenz der Medienfeindlichkeit dabei größeren Einfluss als soziodemographische Faktoren (Schindler et al. 2018: 296).

Auch Über- und Angriffe auf Journalist*innen werden zunehmend quantitativ untersucht. Eine schwedische Studie konstatiert, dass mehr als die Hälfte der Befragten vermeidet, sich bestimmten Themengebieten zu widmen, nachdem sie einer Bedrohungssituation ausgesetzt waren. Ebenfalls mehr als die Hälfte der bedrohten Medienschaffenden hat Angst vor weiteren Angriffen (Löfgren Nilsson & Örnebring 2016: 887). Für den deutschen Kontext sind die HArM-Studie (Papendieck et al. 2019) zu Hate Speech sowie ein seit 2015 durchgeführtes Monitoring des European Center for Press and Media Freedom (ECPMF; Peltz et al. 2024) zu nennen. In diesen werden Journalist*innen zu ihren Erfahrungen mit Angriffen oder (insbesondere digitaler) Hate Speech befragt. Die Studien arbeiten auch die Gefahr von Selbstzensur für eine freie Berichterstattung heraus (Peltz et al. 2024: 52). Insbesondere fühlen sich viele Betroffene in ihrer Tätigkeit eingeschränkt und treffen sogar Vorkehrungen, ihr Privatleben mehr zu schützen (Preuß et al. 2022: 15). In den bisher vorliegenden Studien fehlt allerdings ein Fokus auf Demonstrationen. Die Wahrnehmungen der Journalist*innen in Verbindung mit der Dynamik sich verengender öffentlicher Räume ist bisher nicht untersucht worden.

Bevor wir die für unseren Analyserahmen zentralen Konzepte *Shrinking Spaces* und *Raumnahme* erläutern, ist auf den tiefgreifenden Wandel der Medienlandschaft selbst als Kontext einzugehen. Einige Medienwissenschaftler*innen konstatieren gar eine Medien- oder Journalismuskrise (Kreutz 2024: 45; Lünenborg 2012: 447; Weischenberg 2018: 2). Als zentrale Ursachen werden zunehmende Ökonomisierung und die Digitalisierung (Kreutz 2024: 46) benannt. Im Zuge von Finanzierungskrisen und fortschreitender Kapitalisierung (Siegert et al. 2010: 472) wurde das Mediensystem umgebaut: Produktions- oder Konsumbedingungen werden sukzessive ökonomischen Grundsätzen untergeordnet, messen sich an Rentabilität, Gewinnmaximierung und Marktförmigkeit und stehen in Verbindung mit einem Rückzug des Staates aus der Steuerung und Regulierung von für Medien relevanten Infrastrukturbereichen (Meier & Jarren 2001: 145f.; Siegert et al. 2010: 471f.). Gerade in Ostdeutschland droht die Medienvielfalt durch Zusammenschlüsse, Stellenabbau usw. sukzessive verlorenzugehen (Bieber 2024). Journalistische Arbeit unterliegt einem hohen Ver-

https://doi.org/10.5771/1615-634X-2025-4-530 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - [cc] BY

wertungszwang und ist häufig unzureichend finanziert, bei gleichzeitig hohem Leistungs- und Aktualitätsdruck.

Die Digitalisierung und Durchsetzung der sozialen Medien entziehen klassischer journalistischer Arbeit zusätzlich Ressourcen und Aufmerksamkeit. Einerseits wird die starke Machtposition der Plattformen diskutiert, die mittels Algorithmen Inhalte kuratieren und u. a. kaum Werbeeinnahmen an die eigentlichen Nachrichtenproduzent*innen weitergeben (z. B. Angelucci et al. 2024; Calzada & Gil 2020). Andererseits wird diskutiert, inwiefern sich Journalist*innen den neueren aufmerksamkeitsökonomischen Regeln in den sozialen Medien anpassen und sich Vorstellungen von Qualitätsjournalismus eventuell verändern (z. B. Humayun & Ferrucci 2022; Degen et al. 2024). Im Hinblick auf die extrem rechte Protestszene in Deutschland trifft dieser Wandel der Medien auf „alternative" Medienaktivist*innen, die in den sozialen Medien auf die Szene angepasste Inhalte anbieten (z. B. Heil 2023; Jungherr et al. 2019). Zum einen schwindet so die Bedeutung des*r traditionell ausgebildeten Journalist*in (Kreutz 2024: 52ff.) mit entsprechender Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse. Demokratietheoretisch ist diese Entwicklung zum anderen problematisch, weil für die Deliberation in der politischen Öffentlichkeit verschiedene Perspektiven auf ein Thema einzufangen und sorgfältig abzubilden wären (ebd.; Lünenborg 2012: 449).

Vor dem Hintergrund dieser allgemeinen Entwicklungen analysieren wir in diesem Beitrag, wie sich die Wahrnehmung von Angriffen auf Journalist*innen auf die demokratische Öffentlichkeit in Sachsen auswirkt. Das Bundesland bietet sich dazu zum einen wegen einer lebendigen Protestkultur, zum anderen aber auch wegen relativ hoher Angriffszahlen auf Journalist*innen an (vgl. Rippl 2023; Peltz et al. 2024). Dazu führen wir nun anknüpfend an das Konzept Öffentlichkeit zwei weitere Konzepte – *Shrinking/Contested Spaces* und *Raumnahme* – aus der Demokratie- bzw. Rechtsextremismusforschung ein. Das Konzept der Shrinking Spaces beschreibt Verengungen demokratischer Räume und stammt ursprünglich aus der Forschung zu Autokratien (Ayvazyan 2019: 6f.; Hayes et al. 2017: 3). Die strukturelle Behinderung oder Bedrohung von Journalist*innen im Rahmen ihrer Tätigkeit ist ein Indikator für solch einen Shrinking Space, da mit dem journalistischen Handlungsspielraum auch die Pressefreiheit und die demokratische Deliberation in der Öffentlichkeit insgesamt eingeschränkt werden (Ayvazyan 2019: 6; Hayes et al. 2017: 5).

Zwei Merkmale von Shrinking Spaces sind für unseren Kontext relevant, nämlich sowohl die Angriffe durch extrem Rechte selbst als auch die Einschränkung der Meinungsfreiheit durch (Selbst-)Zensur (Hayes et al. 2017: 4). Die Auswirkungen von Shrinking Spaces werden in der Forschung „zumeist in einer Verschiebung zugunsten autoritärer Regierungsführung oder der Erosion demokratischer Rechtsstaatlichkeit" (Hummel 2020: 651; siehe auch Carothers & Brechenmacher 2014) verortet. Das Konzept der Shrinking Spaces erlaubt uns also nicht nur zu untersuchen, welche Auswirkungen die Angriffe auf die Journalist*innen und die Öffentlichkeit haben, sondern auch, Rückschlüsse auf demokratische und politische Akteure und Institutionen zu ziehen (vgl. Hummel 2020).

Empirisch ist das mit dem Konzept Shrinking Spaces verknüpfte Schrumpfungsnarrativ von Handlungsräumen für Deutschland insgesamt nicht haltbar (ebd.: 556). Eher ist von Contested Spaces zu sprechen, also von einem Kampf um die Deutungshoheit innerhalb eines konkreten Handlungsraums (ebd.: 664). Seit den 2000er Jahren ist das Protestgeschehen in Deutschland wieder angewachsen. Neben Protesten für Klimagerechtigkeit oder gegen die negativen Folgen der Globalisierung haben sich auch neue extrem rechte Proteste wie Pegida formiert, die sich durch Anti-Elitismus, Rassismus und Misstrauen gegenüber demokratischen Institutionen auszeichnen (Kiess 2015; Kocyba 2016). Wie wir in diesem Beitrag zeigen werden, sind Bedrohungen und Angriffe auf die Zivilgesellschaft, Amts-

https://doi.org/10.5771/1615-634X-2025-4-530 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - [cc] BY

und Mandatsträger*innen oder auch Journalist*innen insbesondere ein Mittel dieser extrem rechten Akteure, um die Handlungsräume ihrer politischen Gegner*innen einzuschränken.

Um diese Einordnung zu plausibilisieren, greifen wir auf Heitmeyers Analyse der raumaneignenden Strategien der extremen Rechten in Ostdeutschland als gewaltvollen „Kampf um den öffentlichen Raum" (Heitmeyer 2014: 134) zurück. Sein Konzept unterscheidet vier Stadien mit zunehmendem Eskalationsniveau (ebd.): Provokationsgewinne (1) dienen dazu, durch verschiedene Aktionen Aufmerksamkeit insbesondere in den Medien zu generieren. Dies ruft in der Regel eine beginnende Auseinandersetzung und Wahrnehmung in der Zivilgesellschaft hervor. Räumungsgewinne (2) zeigen den Beginn von Gewalt zur Durchsetzung eigener, antidemokratischer Ideen an, die sich überwiegend gegen politische Feinde oder als „anders" markierte Menschen (z. B. anhand rassistischer Kategorien) richtet, was in Einschüchterung und Angst, aber auch der Suche nach Unterstützung münden kann. Von Behördenseite sind Räumungen von Geflüchtetenunterkünften oder ähnliche Zugeständnisse zu beobachten. Werden demokratisch Engagierte von Orten vertrieben, haben sich bestimmte Treffpunkte etabliert oder herrscht in bestimmten Stadtteilen ein Klima der Angst und Einschüchterung vor, deutet dies auf Raumgewinne (3) hin. Dabei kommt es auch zur Zunahme von Gewalt. Für die Frage der Einhegung dieser Entwicklungen spielt u. a. die Polizei eine große Rolle. Die letzte Stufe bilden Normalisierungsgewinne (4): Extrem rechte Präsenz und Aktionen werden kaum noch skandalisiert, die Zivilgesellschaft zieht sich zurück und demokratische Positionen verlieren an Akzeptanz. Diese Entwicklungen spiegeln sich in Wahlergebnissen wider und die Öffentlichkeit findet sich schließlich mit der extrem rechten Raumnahme ab (Borstel & Luzar 2016: 43; Grunert & Kiess 2024: 3; Heitmeyer 2014: 134).

In unserer Adaption dieses Konzepts gehen wir davon aus, dass die Produktion des Raumes in gesellschaftliche Kraft- und Herrschaftsverhältnisse eingebettet ist (Zimmer 2022: 267). Demonstrationen verstehen wir als temporäre Raumaneignung, insofern die Bedeutungen und Praxen verschiedener Akteure in einem zeitlich und räumlich konkreten Gebiet interessengeleitet sind und diese dabei verschiedene Ziele verfolgen. Verbindet man diese Annahme mit Heitmeyers Raumnahmekonzept und dem Agieren der extremen Rechten, lassen sich Strategien rekonstruieren, die mittels Demonstrationen temporäre Räume mit einer gewaltvoll abgesicherten Deutungshoheit herstellen sollen. In der Synthese mit dem Raumnahme-Konzept lässt sich außerdem die Interaktion mit anderen Akteuren – Journalist*innen, Zivilgesellschaft, Sicherheitsbehörden usw. – fokussieren, was detaillierte Rückschlüsse auf die Dynamiken vor Ort sowie die Konstitution demokratischer Öffentlichkeit erlaubt.

Vor dem Hintergrund der hier diskutierten Konzepte zeigen wir im Folgenden, dass Angriffe auf Journalist*innen zu einer Verengung des öffentlichen Raums führen können. Übergriffe wirken sich negativ auf die Arbeit von Journalist*innen aus, die elementar für die Herstellung der Öffentlichkeit in einer Demokratie ist, sich aber gleichzeitig einem generellen Wandel und u. a. zunehmender Prekarisierung ausgesetzt sieht. Zugleich bieten die Konzepte Shrinking/Contested Spaces und Raumnahme eine Möglichkeit, die subjektiven Erfahrungen von Journalist*innen als Einschränkung der demokratischen Öffentlichkeit einzuordnen.

3. Methode

Um die Wahrnehmungen von Journalist*innen und ihr Erleben bei Demonstrationen zu rekonstruieren, nutzten wir problemzentrierte Interviews (PZI). Aufbauend auf dem theoriegenerierenden Verfahren der Grounded-Theory-Methodologie (GTM) entwickelte Witzel (2000: 2) das PZI als Mix aus induktivem und deduktivem Verfahren. Ziel ist es,

https://doi.org/10.5771/1615-634X-2025-4-530 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - [cc]

individuelle Handlungen und subjektive Wahrnehmungen der gesellschaftlichen Realität zu erfassen bzw. über die qualitative Auswertung des Materials zu rekonstruieren. Indem theoretische und konzeptionelle Vorannahmen in die Interviewgestaltung einfließen und bei der Auswertung am Material gesättigt und weiterentwickelt werden, wird sichergestellt, dass die Analyse nah an den originären Daten bleibt (ebd.: 3). Die Journalist*innen sollten nicht nur als Expert*innen des Protestgeschehens (Expert*inneninterview) befragt, sondern explizit die Angriffe und die subjektive Betroffenheit in den Fokus gerückt werden.

Insgesamt konnten wir zwölf Interviews mit Menschen realisieren, die aktuell oder in der Vergangenheit regelmäßig Proteste in Sachsen beobachten/beobachtet haben und darüber berichten/berichtet haben. Drei der Befragten sind weiblich, neun männlich. Sie sind zwischen 19 und 56 Jahren alt, wohnen in Sachsen oder haben während ihrer für uns relevanten Tätigkeit vor Kurzem hier gewohnt. Die Dauer der Interviews variierte zwischen 40 und 120 Minuten. Teilweise bestand bereits zuvor Kontakt zu den Befragten. Dem Prinzip Schneeballsystem folgend rekrutierten wir weitere Gesprächspartner*innen, wobei wir – soweit möglich – auf größtmögliche Variation hinsichtlich Geschlecht, Region innerhalb Sachsens, Alter und Medium geachtet haben. Unter den Befragten sind Mitarbeiter*innen der drei großen Lokalzeitungen Sachsens, freie Journalist*innen sowie feste freie Mitarbeiter*innen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Während der Rekrutierung stellte sich heraus, dass viele der Befragten sich gegenseitig kennen, auch weil die Grundgesamtheit der über Demonstrationen Berichtenden in einem Bundesland überschaubar ist. Dem Prinzip der theoretischen Sättigung folgend haben wir die Rekrutierung abgebrochen, als sich die Erzählungen zu wiederholen begannen und keine neuen Perspektiven mehr zu erwarten waren.

Gefragt haben wir einem Leitfaden folgend nach den Entwicklungen und Dynamiken bei Demonstrationen in Sachsen, erlebten oder beobachteten An- und Übergriffen, den Konsequenzen dieser Erfahrungen sowie Wünschen an Politik, Polizei und Redaktionen. Erhoben wurden zudem biographische Informationen, die für den thematischen Fokus relevant erschienen (Witzel & Reiter 2022: 108f.). Die Interviewführung blieb flexibel, um die Interviewten zu einer präzisen und freien Rekonstruktion ihrer Deutungen und Handlungen anzuregen (ebd.: 113). Alle Interviews wurden aufgenommen, transkribiert und relevante Punkte in Einzelfallanalysen herausgegriffen (ebd.: 6). Sämtliche Transkripte wurden anonymisiert und insbesondere die Namen geändert. Informationen, die auf die Personen rückschließen lassen, haben wir ebenfalls entfernt. Die nicht anonymisierten Tondateien wurden gelöscht. Die Transkripte werden wegen der Sensibilität der Angaben nicht an ein Repositorium weitergegeben. Schließlich wählten wir als Auswertungsmethode eine Fallanalyse in Kombination mit einer deduktiven sowie induktiven Kategorien- und anschließenden Typenbildung. Zum einen mussten wir aufgrund der brisanten und regional zugeordneten Analyse auf eine strikte Anonymisierung achten. Zum anderen ging es uns weniger um individuelle Einzelfallerfahrungen als um wiederkehrende – über den Fallvergleich auch ohne biografische Kontextualisierung zugängliche – Deutungsmuster.

4. Zentrale Ergebnisse: Journalistische Erfahrungen an der Grenze der Demokratie

Alle von uns in dieser Studie Befragten haben verschiedene Formen von Übergriffen selbst erlebt oder beobachtet. Erlebnisse, die Medienschaffende im Kontext von Demonstrationen gemacht haben, strahlen dabei bis in ihr Privatleben hinein. Viele Journalist*innen sprechen von einer Art Normalität oder Gewöhnung an die feindselige Stimmung, der sie bei der Berichterstattung generell – online wie analog – ausgesetzt sind. Die jüngsten Befragten führen Gewaltsituationen expliziter aus, die älteste befragte Person empört sich vor allem über das Unwissen von Demonstrationsteilnehmer*innen bzgl. der Rolle von Journalist*in-

https://doi.org/10.5771/1615-634X-2025-4-530 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - [cc] by

nen, beschreibt allerdings auch eine zunehmende Eskalation der Proteste in Sachsen. Der Großteil der Befragten zwischen Anfang 20 und Ende 30 beschreibt die Erlebnisse recht abgeklärt und überwiegend analytisch-distanziert. Insbesondere Proteste auf der Straße stellten Kondensationspunkte dieser Feindseligkeit dar. Die in großer Regelmäßigkeit in Sachsen stattfindenden Proteste sind für Journalist*innen gleichwohl Ausdruck gesellschaftlicher Entwicklungen. Diese Einschätzung korrespondiert mit der Selbstpositionierung als Ermöglicher*innen politischer Aushandlungen und Informationsproduzent*innen.

4.1 Demonstrationen als unsichere Räume

Als erstes zentrales Ergebnis unserer Auswertung halten wir fest, dass Proteste für Journalist*innen keine sicheren Räume darstellen. Unsere Interviewpartner*innen nehmen antidemokratische und medienfeindliche Dynamiken sogar als konstitutiv für das Demonstrationsgeschehen in Sachsen wahr, was sie wiederum als Gefahr für sich selbst und eine umfassende Berichterstattung einordnen. Die meisten Angriffe erleben Journalist*innen bei extrem rechten oder verschwörungsideologischen Protesten. Gewalterfahrungen bei linken Protesten werden zwar ebenfalls problematisiert, finden aber in einem weitaus geringeren Umfang statt und nehmen in den Interviews entsprechend wenig Raum ein. Darüber hinaus ist die Strategie der Polizei vor Ort entscheidend, ob Berichterstattung überhaupt möglich ist.

4.1.1 Antidemokratische und medienfeindliche Dynamiken bei Protesten

Der Freistaat Sachsen wird als Protesthotspot mit hoher Frequenz extrem rechter sowie verschwörungsideologischer Proteste wahrgenommen. Die Pegida-Proteste ab 2014 markierten insofern einen Einschnitt im Umgang mit Pressevertreter*innen, als diese von da an zunehmend von Demonstrant*innen in den Fokus gerückt wurden. Das Aufkommen des Begriffs Lügenpresse verdeutlicht dies. So berichtet Paul:

„Eigentlich war es ja erst Pegida gewesen, zumindest in meiner Wahrnehmung, die die Presse überhaupt zum Akteur gemacht haben. Die früheren, weiß ich nicht, die früheren Nazidemos waren da/ bestimmt wurden da auch Fotografen angegriffen oder so. Aber es hat sich nun, denke ich mal, sind die damals einfach durch/ haben die andere Ziele gehabt, die Linken, den Staat oder keine Ahnung was." (Paul)

Die Besetzung des Raums durch die Protestierenden ist so weit reichend, dass „man dann wirklich das Gefühl hat, hier sind nur noch Rassisten oder Rechtsextremisten auf der Straße", formuliert Klaus bezüglich seiner Erfahrungen. In diesem Zusammenhang kritisieren die Befragten auch die Abwesenheit und das Desinteresse lokaler Politiker*innen in Bezug auf die Proteste.

Bei den Demonstrationen in Sachsen beobachten die Journalist*innen sowohl eine Radikalisierung als auch Diversifizierung der Teilnehmer*innen. Insgesamt wird eine Vergrößerung des antidemokratischen Protestmilieus vermutet, was sich auf die Gefährdungslage vor Ort auswirke und über die konkrete Bedrohung durch neonazistische Kader hinausgehe:

„Du hast die normalen Leute, die darunter sind, die kannst du halt nicht einschätzen. So einen harten Neonazi kann ich einschätzen. Okay, da muss ich Abstand halten. Aber jetzt irgendwie den Mathelehrer von nebenan? Keine Ahnung wie der tickt. Das ist unberechenbar." (Micha)

Die Handlungslogik der Protestteilnehmenden beschreibt Marc eindrücklich:

„[W]eil sie das Hegemoniegefühl haben, weil sie denken, sie dürfen ja hier nicht gefilmt werden und sie dürfen das jetzt hier auch beenden. Die rechnen nicht damit, dass da beispielsweise Polizei eingreift,

https://doi.org/10.5771/1615-634X-2025-4-530 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - [cc]

in dem Moment teilweise. Da ist einfach tatsächlich das Weltbild, so, dass sie völlig im Recht sind, sich völlig im Recht sehen." (Marc)

Als zentral erleben die Befragten dabei das Motiv der Enthemmung:

„Ich habe immer gedacht, Mein Gott. Mit großer Kamera passiert dann meistens doch nichts. Aber auch die Dynamik hat sich verändert, würde ich sagen. Früher habe ich immer gedacht, die schlagen eh nicht zu, weil sie wissen, wir drehen. Das glaube ich nicht mehr." (Micha)

Der Einsatz von Gewalt gegen Journalist*innen, vor allem durch Protestierende, in Einzelfällen auch durch die Polizei, ist allgegenwärtig. Er wird nicht als außergewöhnlich, sondern als inzwischen etabliertes Mittel extrem rechter Protestierender wahrgenommen, ihre Hegemonie zu zementieren.

Die Dynamisierung und Radikalisierung bezieht sich direkt auf Pressevertreter*innen. Werden Journalist*innen markiert, steigt für sie die Gefahr, angegriffen zu werden. Diese Markierungen nehmen bei Demonstrationen vor allem Redner*innen vor, häufig mit Namensnennung der Journalist*innen. Mira stellt anhand einer Situation, in der sie durch das mitgeführte Equipment bereits offen als Journalistin zu erkennen war, das unmittelbare Feedback zwischen Redner*innen und dem Verhalten der Teilnehmer*innen heraus.

„Und natürlich hat das einen aufstachelnden Effekt. Es gab auch eine Protestveranstaltung, da wurde explizit von dem Redner auf der Bühne dazu aufgerufen, uns von der Demo auszuschließen als Kamerateam. Und das hatte den Effekt, dass sich tatsächlich einfach alle Anwesenden diesem Thema gewidmet haben. Das war sehr interessant zu sehen, dass es so schnell, so schnell kippen kann." (Mira)

Die Pressefeindlichkeit wird von den Anwesenden für gewöhnlich geteilt und übersetzt sich sehr dynamisch, wie durch die Dopplung „so schnell, so schnell" zum Ausdruck kommt, in direkte Handlungen, die auf eine zumindest temporäre Raumnahme zielen. Eva beschreibt entsprechend Versuche, bei Veranstaltungen möglichst unerkannt zu bleiben, was ihr nicht immer gelingt. Journalist*innen würden gezielt als Fremdkörper identifiziert und als Andere – mit der abwertenden und entmenschlichenden Vokabel „Zecke" (Eva) als vermeintlich Linke – herausgestellt, die den Veranstaltungskonsens nicht teilen.

4.1.2 Ambivalenz in der Wahrnehmung der Polizei

Neben der Dynamik der Proteste selbst haben insbesondere die Anwesenheit und Strategien der Polizei große Auswirkungen auf die Sicherheitslage bei Protesten in Sachsen. Die Bewertung des polizeilichen Vorgehens ist ambivalent: Zwar wird die Anwesenheit der Polizei bei den gewaltförmigen Protesten grundsätzlich als Sicherheitsfaktor gesehen. Einige Journalist*innen erleben die Polizei hier als sehr unterstützend. Gleichzeitig thematisierten die Medienschaffenden, dass die Beamt*innen oft eben nicht für Sicherheit sorgen, sondern selbst Unsicherheit und Gefahr produzierten.

Mattis ordnet ein, dass „das Polizeiproblem [sic!] […], wenn es um den Umgang mit Pressefreiheit gibt [sic!], ein bundesweites [Phänomen]" sei. Viele Journalist*innen erinnern sich an Situationen, in denen die Polizei ihre Arbeit sogar aktiv be- bzw. verhindert sowie ihren Schutz vernachlässigt habe. Dies belegen die Medienschaffenden mit teilweise drastischen Schilderungen. Mira fasst zusammen:

„Gleichzeitig, wie gesagt, (...) verdient die Polizei jetzt auch nicht jedes Mal einen Blumentopf, wenn sie irgendwo unterwegs ist und versucht, die Pressefreiheit umzusetzen, weil häufig versucht sie es halt auch nicht. Und es gibt auch durchaus immer wieder Begegnungen mit Polizisten, die mich doch (...) eher ratlos zurücklassen, was ihre eigene Rolle angeht." (Mira)

Die Journalist*innen kritisieren insbesondere die Unwissenheit einiger Beamt*innen, gerade wenn es um die Durchsetzung der Pressefreiheit bei Protesten geht. Durch fehlende Unter-

https://doi.org/10.5771/1615-634X-2025-4-530 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - [cc] by

stützung und als unprofessionell empfundene Polizeistrategien sind Journalist*innen dann der Gewalt der Protestierenden ausgeliefert. Eine weitere drastische Kritik am polizeilichen Verhalten formuliert Mattis, der Solidaritätsbekundungen zwischen Polizei und Teilnehmenden erlebt hat, die sich dann in stärkerer Ablehnung der Pressearbeit manifestiert habe.

*4.2 Stellvertreter*innenrolle für politische Gegner*innen*

Als zweites zentrales Ergebnis unserer Auswertungen hervorzuheben ist die Wahrnehmung der Journalist*innen, in eine Stellvertreter*innenrolle für politische Gegner*innen gedrängt zu werden. Dies wird schon in der Verunglimpfung als Teil der „Lügen-" oder „Systempresse" sichtbar. Diese drückt eine Antisystemhaltung aus, die explizit die Rolle von Journalist*innen als Feindbild einschließt. Verbale oder körperliche Übergriffe beziehen die Befragten deshalb auch darauf, dass sie als Medienschaffende erkannt und für Repräsentant*innen „des Systems" gehalten werden. Mit der oben bereits thematisierten Beschimpfung als „Zecke" werden Journalist*innen zudem als Teil eines verfeindeten „linken" Milieus identifiziert oder als Repräsentanten des „linken" Mainstreams konstruiert, gegen den sich die Demonstrierenden aus ihrer Sicht zur Wehr setzen. Für die Befragten steht dies der eigenen Rollenwahrnehmung und ihrem Berufsverständnis diametral entgegen.

*4.2.1 Professionelles Selbstverständnis als Journalist*innen*

Journalist*innen werden durch Angriffe – unfreiwillig – selbst zu Protagonist*innen vor Ort. Einerseits widerspricht dies dem Selbstverständnis als neutrale Beobachter*innen, andererseits werden Journalist*innen auch dezidiert als Repräsentant*innen des „Systems" konstruiert – was in der demokratischen Grundhaltung der Interviewten wiederum eine Entsprechung findet. So ordnet Paul etwa ein, dass ein Angriff gegen Journalist*innen zugleich als Angriff gegen die Pressefreiheit und damit demokratische Prinzipien zu bewerten sei. Dass die Gewalt als Privat- bzw. Einzelperson erlebt wird, führt die Journalist*innen in ein Dilemma, da sie sich nicht von einer möglichst neutralen Berichterstattung abhalten lassen wollen.

Ihre Markierung als Journalist*in und die damit einhergehende Feindbildkonstruktion durch die Demonstrationsteilnehmenden erschweren die Arbeit über die Angriffe hinaus. Mira beschreibt etwa, dass Demonstrant*innen Journalist*innen Unvoreingenommenheit absprechen. Klaus beschreibt ebenfalls eine fundamentale Wissenslücke bezüglich journalistischer Darstellungsformen:

> „Und was mich halt wirklich ärgert, ist diese Selbstverzwergung, die die da machen, dass sie sich gar nicht mehr die Mühe machen, zu unterscheiden zwischen journalistischen Darstellungen. Also wenn wir ein Zitat schreiben eines Politikers, dann schreiben wir, der und der ist das und das und hat das und das über Pegida gesagt. Und die nehmen das hin und sagen die Medien, also die Zeitung A oder eigentlich die Medien, die differenzieren da gar nicht mehr, sagen, dass das alles Rechtsextremisten sind. Kam nie." (Klaus)

Die Protestierenden werfen den Journalist*innen vor, unsachgemäß zu berichten, verweigern jedoch zugleich Interviews, was die journalistische Arbeit erschwere. Auch wird beobachtet, dass falsche Presseausweise im Umlauf sind. Insgesamt wird eine Ausdifferenzierung der Akteure deutlich, die im Feld der Öffentlichkeit tätig sind. Statt einer Pluralisierung der Berichterstattung handelt es sich hierbei allerdings um gezielte Strategien extrem rechter Aktivist*innen. Die nach dem Pressekodex arbeitenden Journalist*innen werden so nicht nur in ihrer Rolle angegriffen, sondern auch häufig mit jenen Verschwörungsnarrativen

https://doi.org/10.5771/1615-634X-2025-4-530 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - [cc] by

konfrontiert, die Aktivist*innen ihrem Publikum anbieten. In der Konsequenz hat sich die Wahrnehmung der Medien als politische Feinde bereits verfestigt:

„Ich glaube nicht, dass es nötig ist, auf den Demonstrationen, dass das irgendjemand noch mal so explizit sagt, weil die Leute haben das schon sehr internalisiert oder in sich drin, dass Journalisten scheiße sind und im Zweifel halt der Feind". (Eva)

Diese verfestigte Medienfeindlichkeit insbesondere auf extrem rechten Demonstrationen bildet dann den Hintergrund der eigentlichen Angriffe.

4.2.2 Auslöser und Formen von Über- und Angriffen

Immer wieder findet sich in unserem Material die Feststellung, dass die Sichtbarkeit als Journalist*in Über- und Angriffe bei Demonstrationen begünstige. Erkennungsmerkmale sind dabei Block und Stift, aber auch Handys und insbesondere Kameras/Filmteams, wie Lev beschreibt:

„Ich denke, wenn meine Kamera nicht sichtbar ist, dann werde ich eigentlich ignoriert, oder dann kriegt man nicht mit, wer ich bin. Ich habe die aber meistens immer draußen rumhängen und schreibe mir nur ganz flüchtig ins Handy Notizen." (Lev)

Einige der Befragten, etwa Mira und Tara, erkennen zusätzlich eine antifeministische Motivation der – oft männlichen – Angreifenden:

„Angriffe habe ich sehr viele erlebt und (…) und aufgrund dessen, dass ich eine Frau bin, werde ich halt auch häufiger angegriffen als zum Beispiel männliche Kollegen. Da entlädt sich der Hass viel schneller." (Tara)

In der extrem rechten Protest-Szene sind außerdem einzelne Journalist*innen, die regelmäßig berichten, inzwischen bekannt.

Die bei Demonstrationen erlebten Angriffe treten in diversen Formen auf. Sie rangieren zwischen verbalen und körperlichen Übergriffen, beinhalten aber auch digitale Denunziation wie Doxing oder Sachbeschädigung bzw. aktive Behinderung und Blockaden der Arbeit. Alle Befragten haben zahlreiche verbale Angriffe erlebt. Diese reichen von allgemeinen Aussagen wie „Lügenpresse" (Paul) über Pöbeleien bis hin zu persönlichen Beleidigungen oder Bedrohungen. Die Befragten erzählen sogar von Verfolgungsjagden während oder im Nachgang von Demonstrationen und dass „das in die Kamera greifen […] ja STANDARD" (Micha) sei. Auch Morddrohungen oder Denunziationen in Sozialen Medien, wie dem Messengerdienst Telegram, gehören dazu. Das Erleben von körperlicher Gewalt ist ein Szenario, mit dem Journalist*innen beim Besuch einer Demonstration offenbar rechnen müssen. Dass viele der Befragten auch über ihre Kolleg*innen sprechen, weist auf eine kollektiv geteilte Erfahrung hin. In den Erzählungen wird klar, dass die Angriffe jede*n treffen können und auch deshalb von den Interviewten als abschreckend interpretiert werden. Eine Vorbereitung unerfahrener Journalist*innen oder ein Verhaltenstraining speziell für Proteste wird als wichtig angesehen, was auf eine Professionalisierung im Feld hinweist.

4.3 Selbstbewältigung und wenig Unterstützung

Ein drittes Ergebnis unserer Analyse betrifft den Umgang mit Gewalterfahrungen. Ein Großteil der Befragten findet diesen eigenständig. Die Verantwortungsübernahme und Unterstützung durch Politiker*innen und Institutionen wird hingegen als unzuverlässig wahrgenommen.

https://doi.org/10.5771/1615-634X-2025-4-530 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - [cc] BY

4.3.1 Konsequenzen der Erfahrungen

Die Erfahrungen mit (potenziellen) Angriffen stellen eine große Belastung sowohl auf der persönlich-privaten als auch beruflichen Ebene dar. Journalist*innen sehen sich beim individuellen Umgang mit ihren Erlebnissen überwiegend auf sich allein gestellt, was sich in einer gewissen Resignation in den Interviews widerspiegelt. Evas Redaktion bietet ein Coaching für den Umgang mit Gewalt, Aggression oder Übergriffen an, dies ist aber nicht die Regel. Keine der von uns interviewten Personen nimmt psychologische Betreuung in Anspruch, obwohl die Erfahrungen offenkundig eine hohe psychische Belastung induzieren: Was Klaus als „permanent schlechte Laune" bezeichnet, nennt Micha „Unsicherheitsgefühl". Wichtig für die Verarbeitung der Erfahrungen, sowohl im Nachgang als auch vor Ort, ist die Solidarität mit Kolleg*innen. Gegenseitige Unterstützung und reziprokes Verständnis nennen alle Befragten als wesentliche Bewältigungsstrategie.

Eine juristische Auseinandersetzung mit den Übergriffen wird weitgehend vermieden oder als wenig zielführend angesehen. Die Journalist*innen berichten von der Strategie Demonstrierender, dabei bekannt werdende persönliche Daten online zu veröffentlichen, und beobachten auch hier Unwissenheit seitens der Polizei. Die Befragten leiten daraus ein besonderes Augenmerk auf Selbstdatenschutz ab, etwa indem sie eine Auskunftssperre beim Einwohnermeldeamt erwirken. Paul verzichtet auf die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel und meidet bestimmte Stadtviertel, Sebastian berichtet nicht gerne aus seiner Heimatstadt und Klaus befürchtet, seine Bekanntheit bei Demonstrationen könne seine Familie gefährden. Alle Interviewten haben private Schutzmaßnahmen ergriffen, wenn auch in sehr unterschiedlichem Ausmaß. Eva vermeidet inzwischen, von Demonstrationen zu berichten und erzählt:

„Dass mir das zunehmend schwergefallen ist in den letzten Jahren, einfach aufgrund dessen, dass es einfach so eine Masse an Demonstrationen war und Situationen, wo man im Dunkeln irgendwo an einer Straße rumhängt, in irgendwelchen kleinen Käffern. Und nicht weiß, was da jetzt, wer da jetzt gleich um die Ecke kommt. (...) Dass das schon dazu geführt hat, dass ich mich einfach mental in so einer Lage befunden habe, wo mich das einfach fertig gemacht hat und ich mich dann Coachen lassen musste." (Eva)

In Evas Erzählung wird die ständige potenzielle Bedrohung für Journalist*innen plastisch, insbesondere im Kontext von Demonstrationen. Auch andere Befragte sprechen über die Angst, die sie in bestimmten Situationen bzw. bei den Protesten generell empfinden. Um die für den eigenen Anspruch an Neutralität notwendige Abgrenzung von ihren (gewaltvollen) Erlebnissen zu erreichen, müssen sich die Befragten teilweise sogar zu Offenheit zwingen. Micha und Klaus berichten von jeweils einem Fall der Selbstzensur aufgrund der Drastik ihres Erlebens bei den Demonstrationen. Die Tätigkeit als Journalist*in bietet jedoch auch eine selbstermächtigende Form des Umgangs mit den Erlebnissen: die Veröffentlichung der Angriffe.

Die von uns befragten Journalist*innen verlassen sich nicht auf die Unterstützung durch Polizei oder Redaktionen. Sie übernehmen selbst Verantwortungen für eine geschützte Berichterstattung. Häufig thematisiert wurden Medien- oder Sicherheitsteams, die aber ambivalent bewertet werden. So sorgt die Polizei bei Demonstrationen, die mit einem hohen Eskalationspotenzial bewertet werden, durchaus für den Schutz der Presse. Auch stellen einige Redaktionen Securities bereit, die ihre Journalist*innen begleiten. Zuletzt gibt es (ehrenamtliche) Sicherheitsdienste – etwa den Verein „Between the Lines" –, die unterstützen. Einerseits bestätigen die Journalist*innen, zunehmend mit diesen Teams bei Demonstrationen zusammenzuarbeiten, um die Berichterstattung zu gewährleisten. Andererseits führe dies zu mehr Sichtbarkeit als Journalist*innen bei Demonstrationen bzw. dazu, dass sie sich nicht ungestört und überall frei bewegen können. Spezielle Schutzausrüstung werde von der

https://doi.org/10.5771/1615-634X-2025-4-530 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - [cc] by

Polizei als Provokation eingeordnet. Diese Beobachtung versinnbildlicht die spannungsgeladene Beziehung zwischen Journalist*innen, Protestteilnehmer*innen sowie Polizei, bei der erstere, wie bereits zuvor ausgeführt, als Auslöser für Angriffe (mit-)verantwortlich gemacht werden:

„Polizei darf Presse nicht als Feindbild verstehen. Ich weiß, dass deren Job ohne uns einfacher wäre, aber es ist halt Teil ihres Jobs und das müssen sie irgendwann mal einsehen und sich auch dementsprechend verhalten und die Presse vor Übergriffen schützen." (Jon)

Schließlich verzichten einige Journalist*innen immer wieder aus Angst vor Angriffen und Verantwortungsgefühl für sich und ihr Team ganz auf eine Berichterstattung.

4.3.2 Notwendigkeit der Unterstützung durch Politik und Redaktionen

Journalist*innen wünschen sich, dass sich Politiker*innen und Polizist*innen klar von der Gewalt und den antidemokratischen Ressentiments der Demonstrierenden abgrenzen bzw. diesen klarere Grenzen setzen und sie konsequent verfolgen:

„Ich glaube, die müssen unter anderem die Rahmenbedingungen setzen, dass der Polizeieinsatz vernünftig funktioniert. Und sie müssen auch die Rahmenbedingungen dafür setzen, dass die juristische Aufarbeitung von sowas vernünftig funktioniert. Das ist, ich glaube, die müssen sozusagen vor allem Sorge tragen, dass die Funktionsbereiche des Rechtsstaates funktionieren, die sozusagen Pressefreiheit schützen, in erster Linie." (Paul)

An dieser und entsprechenden Stellen anderer Interviews wird also der Zusammenhang zwischen der Berichterstattung bei Demonstrationen und dem Funktionieren demokratischer Institutionen insgesamt von den Interviewten selbst hergestellt.

Hinsichtlich der Redaktionen bzw. deren Leitungen kommen die Interviewten zu unterschiedlichen Einschätzungen: Einige Journalist*innen berichten von einem angemessenen Umgang mit (potenziellen) Angriffen. Unter anderem Sicherheitsteams, vorherige Absprachen und Abwägungen sind vielerorts inzwischen etabliert. Grundsätzlich führe ein geringerer Fokus auf die Regionalberichterstattung in Sachsen aber zu weniger Wissen bei Redaktionen. Deren Unterstützung wird als elementar bewertet, insbesondere für freie Journalist*innen, da sie neben besonders prekären Arbeitsbedingungen hinsichtlich Aufträgen, Entlohnung und Absicherung den Angriffen meist auch alleine ausgesetzt sind. Hier scheinen Vereinzelungstendenzen auf, denen Journalist*innen auch allgemein ausgesetzt sind, die sich aber im Falle der Demonstrationsberichterstattung und der hierbei erlebten Gewalt potenzieren.

5. Diskussion: Schrumpfende Räume für Journalismus in Sachsen?

Aus den Ergebnissen lassen sich drei für die Fragestellung nach den Folgen von Angriffen auf Journalist*innen zentrale Problemlagen nachzeichnen: Erstens tritt deutlich zu Tage, dass extrem rechte Demonstrationen in Sachsen für Journalist*innen häufig unsichere Räume darstellen. Antidemokratische und medienfeindliche Dynamiken sind konstitutiv für diese Proteste. Die Praxis der Polizei, die Schutz für Medienschaffende garantieren und Pressefreiheit vor Ort durchsetzen müsste, wird ambivalent bewertet. Zweitens zeichnet sich ab, dass Journalist*innen in eine Stellvertreter*innenrolle für politische Gegner*innen gedrängt werden. Für die Medienschaffenden selbst ist ihr professioneller journalistischer Auftrag bei der Berichterstattung handlungsleitend. Zugleich machen sie ihre Sichtbarkeit als Hauptauslöser für Angriffe aus, was sich unter anderem in der Markierung als System- oder Lügenpresse ausdrückt. Drittens zeigt sich, dass Journalist*innen bei der Bewältigung der gewaltvollen Erfahrungen meist auf sich allein gestellt sind. Verantwortliche in Redak-

https://doi.org/10.5771/1615-634X-2025-4-530 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - [cc]

tionen oder Politik, die sichere Rahmenbedingungen herstellen müssten, kommen demnach ihrem Auftrag ähnlich wie die Polizei nicht umfassend nach.

Beruhend auf diesen drei Beobachtungen ist für Sachsen entgegen der These (nur) umkämpfter Handlungsräume (Hummel 2020: 664) deutlich, dass die Handlungsräume bei Demonstrationen für Journalist*innen schrumpfen. In Sachsen treffen verschiedene extrem rechte Milieus und Szenen aufeinander (Kiess & Nattke 2024; Grunert & Kiess 2024), zudem haben sich die Proteste im Laufe der Jahre verstetigt und radikalisiert. Journalist*innen werden nicht in ihrer Rolle für das demokratische System – in die sie extrem rechte Demonstrierende zwingen, die sie aber als Journalist*innen auch im Selbstverständnis haben – unterstützt; insbesondere wird ihre körperliche Unversehrtheit nicht garantiert. Stattdessen sind sie auf sich alleine gestellt, tragen die Konsequenzen der Gewalterfahrungen in ihr Privatleben und suchen bzw. finden auch dort wenig Unterstützung. Sichtbar werden Tendenzen der Selbstzensur, etwa indem sorgfältig abgewogen wird, in welchen Situation (noch) journalistisch gearbeitet wird (vgl. Hayes et al. 2017: 3). Eine juristische Auseinandersetzung mit den Angreifer*innen wird als nicht zielführend eingeschätzt. Die Gewalterfahrungen können in ihren weitreichenden Auswirkungen als Ausdruck von Shrinking Spaces eingeordnet werden. Dies verändert die demokratische Öffentlichkeit grundlegend. Denn mindestens die Pressefreiheit ist bei zahlreichen Demonstrationen nicht gewährleistet.

Wir interpertieren die (lokal) hegemoniale medienfeindliche Stimmung als (mindestens) temporäre Raumnahme antidemokratischer Milieus vor Ort, die gepaart ist mit einer Abwesenheit oder Unwissenheit der Behörden (vgl. Zimmer 2022). Während der Proteste ist eine temporäre Raumaneignung zu beobachten, für die „Widerstand" gegen staatliche und andere demokratische Akteur*innen konstitutiv ist (auch Zimmer 2022: 267; Kiess & Nattke 2024). Der Kampf um die (nicht nur diskursive) Oberhand auf den Demonstrationen ist denkbar ungleich: Körperliche Gewalt oder ihre Androhung ist ein effektives Werkzeug, die Mittel der Journalist*innen, Deutungshoheit über den Raum qua Berichterstattung zu erlangen, zu unterbinden. Die Konsequenzen der Angriffe, die die Journalist*innen aufgrund ihres Berufes erleben, reichen jedoch weit über die Demonstrationen hinaus. Sie wirken nicht nur in das Privatleben der Journalist*innen hinein, sondern schränken auch den Raum für demokratische Debatten ein, wenn von Demonstrationen nicht mehr frei, sondern nur noch aus der Ferne oder durch extrem rechte Aktivist*innen berichtet wird. Drohungen finden zudem online statt. Die Verbreitung von sozialen Medien und die Digitalisierung als Trend im Journalismus insgesamt tragen zu einer Verschärfung der beobachteten Dynamiken bei, da Drohungen Journalist*innen auch abseits der Demonstrationen immer und überall treffen können. Die Angriffe gehen von Menschen aus, die dezidiert medienfeindlich auftreten (Ayvazyan 2019: 12f.) bzw. extrem rechts zu verorten sind. Wir halten die Interpretation für naheliegend, dass die Einschränkung des demokratischen Diskursraums zumindest für die zentralen Aktivist*innen zum strategischen Repertoire gehört. Jurististische Konsequenzen für die Angreifenden gibt es kaum, teilweise werden die Journalist*innen selbst angezeigt oder mit Anzeigen bedroht.

Einschränkungen der Arbeitsmöglichkeiten von Journalist*innen erfolgen sowohl durch Demonstrationsteilnehmer*innen als auch durch staatliche Akteure wie die Polizei. Verstärkt wird diese Dynamik durch die Prekarität, in der viele Journalist*innen arbeiten, und den Druck, über Ereignisse berichten zu müssen. Dies legt nahe, dass die demokratische Öffentlichkeit bereits beschädigt ist und nicht mehr nur bedroht wird, da der freie, diskursive Austausch schon be-, in Einzelfällen verhindert wird (vgl. Habermas 2021: 477; Ritzi 2019: 68). Bezogen auf eine eingangs erwähnte schwedische Studie zu Angriffen auf Journalist*innen ist hervorzuheben, dass „widespread democratic problems, for example,

https://doi.org/10.5771/1615-634X-2025-4-530 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - [cc] BY

the inability of the state to maintain a monopoly on legitimate violence, weak police, and judiciary authorities who are unable to guarantee the rule of law" (Löfgren Nilsson & Örnebring 2016: 881) sichtbar werden und das Interviewmaterial als Hinweis auf die „Erosion demokratischer Rechtsstaatlichkeit" (vgl. Hummel 2020: 651) interpretiert werden muss. Dabei werden die Demonstrationen von den Journalist*innen als zentral für die Aushandlung aktueller gesellschaftlicher Themen angesehen (Rippl 2023). Wegen dieser Zentralität ist für Sachsen nicht nur die Diagnose eines Shrinking Space im Sinne einer Einschränkung der Handlungsräume für Journalist*innen naheliegend. Unsere Analyse lässt auch eine Präzisierung in Bezug auf Akteure und Dynamiken zu.

Heitmeyers Eskalationskontinuum (siehe auch Borstel & Luzar 2016: 43) folgend stellen wir fest, dass die extreme Rechte neben Raumgewinnen bei Demonstrationen sogar Normalisierungsgewinne verzeichnet. Diese beschränken sich nicht auf die Dynamik bei Demonstrationen vor Ort, sondern reichen in andere Gesellschaftsbereiche hinein: Die Unterstützung durch Sicherheitsteams und die wahrgenommene Abwesenheit von Polizei und Politik kann in diesem Zusammenhang als Akzeptanz der Normalisierungsgewinne interpretiert werden, die so weit fortgeschritten ist, dass nach alternativen Schutzstrategien für Journalist*innen und ihre Arbeit gesucht wird. In Kombination mit der Markierung von Journalist*innen als politische Gegner*innen oder vermeintliche „Linke" zeigt sich eine weitere Verschiebung des Diskurses. Die Demonstrierenden versuchen, Journalist*innen als Vertreter*innen einer Agenda zu zeichnen, die sich gegen sie richtet und angeblich journalistische Standards unterläuft.

In unserer regional und im Umfang begrenzten Studie konnten wir verschiedene Aspekte nicht näher untersuchen. So fehlen in unserem Material zum Beispiel nicht-*weiße*, aber auch nicht-sächsische (von überregional berichtenden Journalist*innen) Perspektiven. Auch Umfang und Form juristischer Auseinandersetzungen, die ebenfalls Berichterstattung einschränken (z. B. Krüger et al. 2024), konnten wir nicht berücksichtigen. Die Auswirkungen digitaler Formen von Gewalt sollten in anschließenden Untersuchungen in den Blick genommen werden ebenso wie vertiefende medien- und demokratietheoretische Reflexionen.

Unabhängig von diesem weiteren Forschungsbedarf hat unsere Untersuchung einen dezidierten Fokus auf die Erfahrungen und Wahrnehmungen der von vor Ort berichtenden Journalist*innen ermöglicht. Es handelt sich unseres Wissens nach um die erste qualitative Untersuchung zum Thema, die das *Wie* der Wirkung der Angriffe exploriert und diese in einen demokratietheoretischen Kontext stellt. Aufzeigen konnten wir nicht nur die persönlich-privaten und beruflichen Konsequenzen, sondern auch die Bedeutung der Angriffe für die Einschränkung der demokratischen Öffentlichkeit.

Literatur

Ayvazyan, K. (2019). *The Shrinking Space of Civil Society: A Report on Trends, Responses, and the Role of Donors*. Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-62273-3.

Angelucci, C., Cagé, J., & Sinkinson, M. (2024). Media Competition and News Diets. *American Economic Journal: Microeconomics, 16*(2): 62–102.

Bieber, D. (2024). *Medienvielfalt in Sachsen schrumpft*. MenschenMachenMedien (ver.di), https://mmm.verdi.de/medienwirtschaft/medienvielfalt-in-sachsen-schrumpft-98687/ [11.11.2025].

Borgers, M. (2020). Wie berichten über die Corona-Demonstranten? *Deutschlandfunk,* https://www.deutschlandfunk.de/mediendebatte-wie-berichten-ueber-die-corona-demonstranten-100.html [10.11.2025].

Borstel, D., & Luzar, C. (2016). Geländegewinne – Update einer Zwischenbilanz rechtsextremer Erfolge und Misserfolge. In: S. Braun, A. Geisler & M. Gerster (Hrsg.), *Strategien der extremen Rechten* (S. 39–53). Wiesbaden: Springer.

https://doi.org/10.5771/1615-634X-2025-4-530 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - [cc]

Calzada, J., & Gil, R. (2020). What do News Aggregators do? Evidence from Google News in Spain and Germany. *Marketing Science, 39*(1): 134–167.

Carothers, T., & Brechenmacher, S. (2014). *Closing Space. Democracy and Human Rights Support under Fire*. Carnegie Endowment for International Peace.

Civicus Monitor (2023, Dezember). *People Power Under Attack 2023*. CIVICUS Monitor. https://civicusmonitor.contentfiles.net/media/documents/GlobalFindings2023.pdf [10.11.2025].

Degen, M., Olgemöler, M., & Zabel, C. (2024). Quality Journalism in Social Media – What We Know and Where We Need to Dig Deeper. *Journalism Studies, 25*(4): 399–420.

Grunert, J., & Kiess, J. (2024). Neue und alte Rechte in Chemnitz. Knotenpunkte eines Netzwerks. In: S. Garsztecki, T. Laux & M. Nebelin (Hrsg.), *Brennpunkte der „neuen" Rechten. Globale Entwicklungen und die Lage in Sachsen* (S. 157–176). Bielefeld: transcript.

Habermas, J. (2021). Überlegungen und Hypothesen zu einem erneuten Strukturwandel der politischen Öffentlichkeit. In: M. Seeliger & S. Sevignani (Hrsg.), *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit?* (S. 470–500). Baden-Baden: Nomos.

Hayes, B., Barat, F., Geuskens, I., Buxton, N., Dove, F., Martone, F., Twomey, H., & Karaman, S. (2017). On „Shrinking Space". A framing paper (H. Twomey, Hrsg.). Transnational Institute Amsterdam. https://www.tni.org/files/publication-downloads/on_shrinking_space_2.pdf [11.11.2025].

Heil, F. (2023): Rechts-alternative Onlinestrategien und ihr Gefahrenpotenzial für demokratische Gesellschaften. In: T.-G. Rüdiger & P. S. Bayerl (Hrsg.), *Handbuch Cyberkriminalität* (S. 1–27). Wiesbaden: Springer.

Heitmeyer, W. (2014). Rechtsextremismus im ländlichen Raum. In: F. Dünkel, M. Herbst & T. Schlegel (Hrsg.), *Think Rural!: Dynamiken des Wandels in peripheren ländlichen Räumen und ihre Implikationen für die Daseinsvorsorge* (S. 131–146). Wiesbaden: Springer.

Hummel, S. (2020). Shrinking Spaces? Contested Spaces! Zum Paradox im zivilgesellschaftlichen Handlungsraum. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 33*(3), 649–670.

Humayun, M., & Ferrucci, P. (2022). Understanding Social Media in Journalism Practice: A Typology. *Digital Journalism, 10*(9): 1502–1525.

Jarren, O. (2021). Demokratie benötigt Journalismus und Medien. In: M. Magin, U. Rußmann & B. Stark (Hrsg.), *Demokratie braucht Medien* (S. 117–141). Wiesbaden: Springer.

Jarren, O., & Fischer, R. (2023). Demokratische Öffentlichkeit – eine medienpolitische Gestaltungsaufgabe. In: J. Legrand, B. Linden & H.-J. Arlt (Hrsg.), *Welche Öffentlichkeit brauchen wir?* (S. 9–20). Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Jungherr, A., Schroeder, R., & Stier, S. (2019). Digital Media and the Surge of Political Outsiders: Explaining the Success of Political Challengers in the United States, Germany, and China. *Social Media + Society, 5*(3).

Kiess, J. (2015). 50 Shades of Brown: Pegida und der Wunsch nach Autorität. In: M. H. W. Möllers & R. C. van Ooyen (Hrsg.), *Jahrbuch für Öffentliche Sicherheit 2015/2016* (S. 205–219). Frankfurt a.M.: Verlag für Polizeiwissenschaft.

Kiess, J., & Nattke, M. (2024). *Widerstand über alles: Wie die Freien Sachsen die extreme Rechte mobilisieren*. Leipzig: edition überland.

Klaus, E., Altmeppen, K., & Röttger, U. (2025). Grundlagen und Perspektiven der Kommunikationswissenschaft. In: U. Röttger, K. Altmeppen & E. Klaus (Hrsg.), *Kommunikationswissenschaft. Eine Einführung in die kommunikativen und medialen Grundlagen der Gesellschaft* (S. 3–44). Wiesbaden: Springer.

Kocyba, P. (2016). Wieso Pegida keine Bewegung harmloser, besorgter Bürger ist. In: K.-S. Rehberg, F. Kunz & T. Schlinzig (Hrsg.), *PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und „Wende"-Enttäuschung? Analysen im Überblick* (S. 147–163). Bielefeld: Transcript.

Kreutz, I. (2024). Journalismus unter Druck. In: I. Kreutz, *Lokale Politikberichterstattung* (S. 45–76). Wiesbaden: Springer.

Krüger, U., Beuthner, M., & Endt, C. (2024). Agenda-Cutting durch SLAPPs?: Die Klagen der Hohenzollern und ihre Wirkung auf die Presse- und Wissenschaftsfreiheit aus Sicht der betroffenen Journalisten und Forscher. *Publizistik, 69*(1): 65–89.

Löfgren Nilsson, M., & Örnebring, H. (2016). Journalism Under Threat: Intimidation and Harassment of Swedish Journalists. *Journalism Practice, 10*(7), 880–890.

https://doi.org/10.5771/1615-634X-2025-4-530 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - [cc]

Lünenborg, M. (2012). Die Krise des Journalismus? Die Zukunft der Journalistik! Ein Diskussionsbeitrag zur Reflexivität und Praxisrelevanz von Wissenschaft. *Publizistik, 57*, 445–561.

Magoley, N., & Kidd, M. (2020, November 9). Angriffe auf Journalisten nehmen zu – „Ihr geht sowieso bald alle hops". *Deutschlandfunk*, https://www.deutschlandfunk.de/angriffe-auf-journalisten-nehmen-zu-ihr-geht-sowieso-bald-100.html [10.11.2025].

Meiborg, M. (2024, Mai 8). Nachrichtenpodcast: Wer Abgeordnete angreift, greift die Demokratie an. *Die Zeit,* https://www.zeit.de/politik/2024-05/angriffe-politiker-gewalt-demokratie-hass-nachrichtenpodcast [11.11.2025].

Meier, W. A., & Jarren, O. (2001). Ökonomisierung und Kommerzialisierung von Medien und Mediensystem. Einleitende Bemerkungen zu einer (notwendigen) Debatte. *Medien & Kommunikationswissenschaft, 49*(2), 145–158.

Papendick, M., Rees, Y., Wäschle, F., & Zick, A. (2019). Hass und Angriffe auf Medienschaffende. Eine Studie zur Wahrnehmung und Erfahrungen mit Angriffen auf Journalist*innen. Berlin: Mediendienst Integration. https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Studie_Hass_und_Angriffe_auf_Medienschaffende.pdf [11.11.2025].

Papendick, M., & Rees, Y. (2021). Misstrauen gegenüber Medien zwischen Populismus, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. In: A. Zick & R. Küpper (Hrsg.), *Die geforderte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21* (S. 123–129). Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf.

Peltz, P., Haynert, A., & Dutz, J. (2024). Feindbild Journalist:in 8: Angst vor der Selbstzensur. Eine Studie des Europäischen Zentrums für Presse und Medienfreiheit, Leipzig, https://www.ecpmf.eu/feindbild-journalistin-8-angst-vor-der-selbstzensur/ [10.11.2025].

Preuß, M. (2022). Wenn Journalismus in Bedrängnis gerät. Journalist*innen über ihre Erfahrungen mit Publikumsangriffen und deren Folgen im Berufsalltag. In: G. Weitzel & S. Mündges (Hrsg.), *Hate Speech* (S. 177–198). Wiesbaden: Springer.

Reporter ohne Grenzen (2024). *Nahaufnahme Deutschland: Analyse der Pressefreiheit und Medienvielfalt*. https://media.reporter-ohne-grenzen.de/production/4985/01K6Z6XBC6T0WF1D0GTQKJKEGS.pdf [11.11.2025].

Rippl, S. (2023). „Aufstand der einfachen Leute"? Rechtspopulistische Proteste, politische Partizipation und politische Entfremdung in Sachsen. *ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung, 3*(2), 224–241.

Ritzi, C. (2019). Politische Öffentlichkeit zwischen Vielfalt und Fragmentierung. In: C. Ritzi, J. Hofmann, N. Kersting & W. J. Schünemann (Hrsg.), *Politik in der digitalen Gesellschaft: Zentrale Problemfelder und Forschungsperspektiven* (S. 61–82). Bielefeld: transcript.

Schindler, J., Fostkor, C., Posthumus, L., Obermaier, M., Fawzi, N. & Reinemann, C. (2018): Woher kommt und wozu führt Medienfeindlichkeit? Zum Zusammenhang von populistischen Einstellungen, Medienfeindlichkeit, negativen Emotionen und Partizipation. *Medien & Kommunikationswissenschaft, 66*(3), 283–301.

Schultz, T. (2023). Kritik und Vertrauen. Einstellungen zu den Medien und vertrauensbildende Maßnahmen der Redaktionen. In: J. Legrand, B. Linden & H.-J. Arlt (Hrsg.), *Welche Öffentlichkeit brauchen wir? Zur Zukunft des Journalismus und demokratischer Medien* (S. 73–84). Wiesbaden: Springer.

Seeliger, M., & Sevignani, S. (2021). Zum Verhältnis von Öffentlichkeit und Demokratie. Ein neuer Strukturwandel? In: M. Seeliger & S. Sevignani (Hrsg.), *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit?* (S. 9–40). Baden-Baden: Nomos.

Siegert, G., Meier, W. A., & Trappel, J. (2010). Auswirkungen der Ökonomisierung auf Medien und Inhalte. In: H. Bonfadelli, O. Jarren & G. Siegert (Hrsg.), *Einführung in die Publizistikwissenschaft* (3. Aufl., S. 469–496). Konstanz: UTB.

Waisbord, S. (2002). Antipress Violence and the Crisis of the State. *Harvard International Journal of Press/Politics, 7* (3), 90-109.

Weischenberg, S. (2018). *Medienkrise und Medienkrieg: Brauchen wir überhaupt noch Journalismus?* Wiesbaden: Springer.

Winkler, E., Bartnik, L., Felber-Howitz, P., & Kopp, D. (2024, 15. Februar). Mehr Angriffe auf Politiker: Wenn Wahlkampf zur Gefahr wird. *Mitteldeutscher Rundfunk,* https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/angriffe-politiker-parteien-wahlen-zahlen-100.html [10.11.2025].

https://doi.org/10.5771/1615-634X-2025-4-530 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - [cc]

Witzel, A. (2000). Das problemzentrierte Interview [25 Absätze]. *Forum Qualitative Sozialforschung, 1*(1).

Witzel, A., & Reiter, H. (2022). *Das problemzentrierte Interview—Eine praxisorientierte Einführung.* Weinheim: Beltz Juventa.

Zimmer, N. (2022). Prozesse temporärer Raumaneignung durch extrem rechte Gruppen am Beispiel des Mehringplatzes in Berlin-Kreuzberg und ihre Auswirkungen auf das (Er-)Leben jugendlicher Anwohner:innen. In: D. Mullis & J. Miggelbrink (Hrsg.), *Lokal extrem rechts* (S. 261–278). Bielefeld: transcript.

© Christina Gutsmiedl / Johannes Kiess

https://doi.org/10.5771/1615-634X-2025-4-530 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - [cc] BY